



## **Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: [hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de](mailto:hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de)

Datum: 09.11.2016

### **Niederschrift**

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 31.10.2016, 16:00 Uhr bis 19:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

### **Anwesend waren:**

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

#### **Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Teresa De Bellis-Olinger	CDU-Fraktion
Herr Stefan Götz	CDU-Fraktion
Frau Kirsten Jahn	Fraktion Bündnis90/Die Grünen
Herr Rafael Christof Struwe	SPD-Fraktion

#### **Beratende Mitglieder**

Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN
Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen

Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken
Herr Alexander Kau	Alternative für Deutschland
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Reinhold Goss	Stadtschulpflegschaft Köln
Frau Sarah Niknamtavin / Herr Luis May	BezirksschülerInnenvertretung
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Manuela Laukat	Stadtschulpflegschaft Köln
---------------------	----------------------------

### **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE

### **Beratende Mitglieder**

Herr Bodo Busch	Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Ebru Coban	Integrationsrat
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Frau Utta Brauweiler-Fuhr	Evangelische Kirche
Frau Bettina Levy	Synagogen-Gemeinde Köln

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Dr. Zülfükar Genc	Integrationsrat
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Die Verwaltung teilt mit, dass der „**Planungsrahmen für pädagogische Raumkonzepte an Kölner Schulen**“ (zu **TOP 5.8**) ausgelegt wurde.

Herr Dr. Schlieben würdigt zu Beginn der Sitzung die Schulamtsdirektorin Frau Baum, welche nach 20 Jahren beim Schulamt für die Stadt Köln in den Ruhestand geht und überreicht ihr im Namen des Schulträgers einen Blumenstrauß.

### **Zur Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde wie folgt **ergänzt**:

-Die Anfragen unter TOP 3.1.1 und 3.1.2 (letztere als **Tischvorlage**), sowie die neue Anfrage unter TOP 3.2.1.

-Die Verwaltung hat die **Mitteilung 1906/2016**: „Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung Köln 2016 - Maßnahmen zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Kölner Schullandschaft allgemeinbildender Schulen bis 2025“ **unter TOP 5.1 zunächst zurückgezogen** und wird sie zur November-Sitzung vorlegen, damit zunächst tatsächlich alle Bezirksvertretungen, die die Mitteilung teilweise geschoben hatten, Gelegenheit haben, diese zur Kenntnis zu nehmen.

-Ergänzt wurden auch die Mitteilungen unter TOP 5.7 bis TOP 5.14

(davon die **Mitteilungen 5.11 bis 5.14 als Tischvorlagen**).

Herr Philippi, SPD-Fraktion, erklärt für seine Fraktion, dass noch Klärungsbedarf im Hinblick auf die Vorlage unter TOP 4.1 bestehe und bittet darum, diese Vorlage ohne eigenes Votum in den weiteren Beratungslauf zu geben.

Herr Dr. Schlieben schließt sich dieser Bitte für seine Fraktion an.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die entsprechend ergänzte Tagesordnung wird in dieser Form beschlossen.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), stellt den Antrag, dass die beiden minderjährigen Vertreter der BezirksschülerInnenvertretung Sarah Niknamtavin und Luis May für die Dauer der Sitzung ein Rederecht erhalten. Das Gremium stimmt dem zu.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Allgemeines**

- 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen
- 1.2 Gleichstellungsrelevante Themen
- 1.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau; TOP 1.3 3369/2016

#### **2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 3.1 Frühere Anfragen
  - 3.1.1 Beantwortung der Anfrage: Herkunftssprachlicher Unterricht 3438/2016
  - 3.1.2 E-Sport, Games und Gamification in der Bildung und Weiterbildung 3367/2016
- 3.2 Neue Anfragen
  - 3.2.1 Digitale Bildung braucht Bandbreite und WLAN AN/1737/2016

#### **4 Vorlagen der Verwaltung**

- 4.1 Wohnungsbauoffensive 2698/2016

#### **5 Mitteilungen**

- 5.1 zurückgezogen: Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung Köln 2016 - Maßnahmen zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Kölner Schullandschaft allgemein bildender Schulen bis 2025
- 5.2 Jahresbericht des Amtes für Schulentwicklung für 2015 2133/2016

- 5.3 Handlungskonzept Behindertenpolitik -  
"Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" - Vorlage 0990/2016  
hier: Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der  
Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln  
2763/2016
- 5.4 9. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation  
2866/2016
- 5.5 Broschüre des Schulpsychologischen Dienstes zu den Angeboten für Schulen  
3194/2016
- 5.6 Generalinstandhaltung des Schulgebäudes Overbeckstraße 71-73 in  
50823 Köln Ehrenfeld - Baubeschluss (2578/2016)  
3190/2016
- 5.7 Stellungnahme zum Haushaltsbegleitbeschluss von CDU, Bündnis 90/  
Die Grünen, FDP und Deine Freunde AN/1211/2016 Ziffer 3: Realisierung von  
Zweifachturnhallen beim Neubau von Grundschulen  
3338/2016
- 5.8 Bericht zur Schulbaumesse Köln im September 2016  
3346/2016
- 5.9 Situation im Bereich "Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache" nach der  
Anhebung der Honorare für Lehrende im Bereich der Integrationskurse zum  
01.07.2016  
3314/2016
- 5.10 10. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation  
3455/2016
- 5.11 Gute Schule 2020 - Konkretisierung zur Vorlage Nr. 2838/2016  
3351/2016
- 5.12 Sachstandsbericht zum JeKits-Programm in Köln und Bezuschussung der  
außerschulischen Kooperationspartner  
3539/2016
- 5.13 Erweiterungsbau für die Gesamtschule im Stadtbezirk Innenstadt am  
Teilstandort Frankstr. 26 hier: Erhöhung der Planungskosten  
3582/2016
- 6 Verschiedenes / Anfragen**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **7 Gleichstellungsrelevante Themen**

### **8 Personalien**

8.1 Besetzung der Stelle Schulleitung an der Gemeinschaftsgrundschule Soldiner Straße 68 in Köln-Chorweiler  
2992/2016

8.2 Besetzung der Stelle Schulleitung an der Gemeinschaftsgrundschule Kretzerstraße 5-7 in Köln-Nippes  
3166/2016

### **9 Vorlagen**

9.1 Bedarfsfeststellung zum Abschluss eines zweijährigen Rahmenvertrages über die Lieferung von interaktiven Tafeln mit Montage  
2083/2016

### **10 Mitteilungen**

10.1 Prüfung der ordnungsgemäßen Mittelbewirtschaftung im Beschaffungswesen (investiv) und Prüfung der entsprechenden Inventarisierung bei 40 - Amt für Schulentwicklung ("Campus Deutz")  
2599/2016

### **11 Anfragen**

### **12 Verschiedenes**

12.1 Gespräch mit neu ernannten Schulleitungen

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Allgemeines**

#### **1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen**

Herr Dr. Schlieben verpflichtet **Herrn Alexander Kau** auf Vorschlag der Alternative für Deutschland mit der dafür vorgesehenen Formel als sachkundigen Einwohner und nicht stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung gemäß § 58 Absatz 4 der Gemeindeordnung.

#### **1.2 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **1.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau; TOP 1.3 3369/2016**

Im Zusammenhang mit einer Demonstration von Eltern der Schülerinnen und Schüler an der Montessori-Schule vor dem Rathaus bittet Herr Dr. Schlieben die Verwaltung um Darstellung des aktuellen Sachstandes.

Frau Dr. Klein stellt klar, dass die Montessori-Grundschule Gilbachstraße wie in der letzten Sitzung erörtert am Standort bleiben kann und nicht in die Dagobertstraße umziehen muss. Die Raumsituation am OGTS-Standort Venloer Wall wurde durch den Austausch der Container erheblich verbessert.. Für den 03. November ist ein runder Tisch mit Schulvertretung, Elternvertretung und der Bezirksvertretung für weitere Gespräche über die weitere Instandhaltung des sanierungsbedürftigen Bestandsgebäudes anberaumt. Dabei soll erörtert werden, ob eine Sanierung im laufenden Betrieb möglich ist. Die Fachleute aus der Verwaltung sind der Meinung, dass dies nicht zumutbar durchzuführen sei.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), verweist darauf, dass das pädagogische Konzept der Schule auf die vorhandenen Räumlichkeiten und den Standort ausgerichtet ist. Man könne durchaus über einen Interimsstandort nachdenken, aber die Dagobertstraße werde dem pädagogischen Konzept der Schule nicht gerecht, weil sie nicht im gleichen Viertel liegt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erklärt die Demonstration damit, dass den Eltern nicht bewusst war, dass man den Tagesordnungspunkt „Fortsetzung des Schulentwicklungsplanes“ von der aktuellen Tagesordnung genommen hat.

Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, SPD-Fraktion, berichtet, dass zahlreiche Gespräche mit der Elternschaft der Schule stattgefunden haben, in denen der Ablauf des Verfahrens deutlich gemacht wurde, sodass man nicht von einer mangelnden Information sprechen könne.

Frau de Bellies-Olinger, CDU-Fraktion, fragt zur Interimslösung des Gymnasiums an der Zusestraße, wann sich die personelle Situation bei der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln verbessern könnte, damit die geplante modulare Bauweise an diesem Standort umgesetzt werden könne. Die Eltern der Schülerinnen und Schüler wollten wissen, wo ihre Kinder im kommenden Schuljahr untergebracht werden.

Frau de Bellies-Olinger bittet darum, zur Sitzung des Liegenschaftsausschusses in der kommenden Woche eine Antwort zum Prüfauftrag für den Interimsstandort Zusestraße vorzulegen. Es bestehe die Gefahr, dass das Grundstück verkauft werde, obwohl es dringend für die Interimslösung benötigt wird, wenn man das Grundstück nicht für diesen Zweck reserviere.

Frau Dr. Klein hat die Oberbürgermeisterin und Herrn Höing über den Schulnotstand in Folge der mangelhaften Personalsituation bei der Gebäudewirtschaft schriftlich informiert. Die Planungsaufträge an die Gebäudewirtschaft stammen in vielen Fällen bereits aus den Jahren 2008/09 und sind bis heute nicht umgesetzt. Sie hat darauf hingewiesen, dass der Schulbau eine Pflichtaufgabe des Schulträgers Stadt Köln ist. Herr Höing hat daraufhin zugesagt, gemeinsam mit Frau Rinnenburger nach den Herbstferien ein Konzept zur Wahrnehmung der Aufgaben der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln vorzulegen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, stellt fest, dass es kein Planungsproblem des Schuldezernates, sondern ein Ausführungsproblem bei der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln gibt. Er ist enttäuscht, dass alle Versuche der Politik zur Optimierung der Situation bei der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln nicht zu einer Verbesserung geführt haben. Es seien neue Strukturen erforderlich wie sie in einem entsprechenden Artikel in der Kölner Presse vorgeschlagen wurden. Man müsse vergleichen, wie andere Städte das Problem des Schulbaus besser lösen als Köln. Die Gebäudewirtschaft solle sich weniger mit der Erarbeitung von Konzepten, sondern vorrangig mit der Umsetzung der Schulbauaufträge beschäftigen.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), merkt an, dass sich die Situation mit der aktuell beabsichtigten Rückkehr von G8 zu G9 noch verschärfen wird, weil dann zusätzlicher Schulraum benötigt wird.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, fordert, dass man zur Erfüllung der Pflichtaufgabe Personal aus anderen Bereichen abziehen müsse.

Frau Ruffen führt die aktuellen Probleme der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln darauf zurück, dass die erfolgte Umstrukturierung anscheinend ein Fehler war und die Gebäudewirtschaft mehr geschwächt hat, als sie ihr gedient hat. Sie fordert mehr und besser bezahlte Stellen im Ingenieurbereich. Auch bei den ÖPP-Verfahren wie beim Gymnasium in Weiden könne man keinen Fortschritt spüren. Im Hinblick auf die Umstellung von G8 auf G9 geht sie davon aus, dass bei einem freiwilligen Verfahren keine Schule, deren Raum bereits ausgeschöpft ist, sagen wird, dass sie noch einen Jahrgang zusätzlich aufnehmen werde.

Auch Herr Thelen plädiert dafür, neue Strukturen für den Schulbau zu suchen, da die erforderlichen Schulbauten mit der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln alleine nicht mehr umsetzbar sind.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, fordert, den Schülerinnen und Schülern eine vernünftige Bildungsperspektive zu geben. Das sei nur durch einen besseren Austausch der Städte untereinander zur Lösung des Problems Schulbau möglich.

Frau Volmer, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, weist darauf hin, dass sich die Personalsituation bei der Gebäudewirtschaft immer weiter verschärfe je mehr Kolleginnen und Kollegen den Eigenbetrieb verlassen.

Die Gebäudewirtschaft habe ein Konzept erarbeitet, das auch auf die Erfahrungen anderer Städte zurückgreife und neue Modelle enthalte, die über rein strukturelle Verbesserungen hinausgehen. Das Konzept sei derzeit in der verwaltungsinternen Abstimmung. Es sehe nicht vor, Bereiche komplett auszulagern oder eine andere Rechtsform für den Gesamtbetrieb zu wählen. Der Maßnahmenplan wird der Politik



vorge stellt, sobald die Abstimmung mit der Oberbürgermeisterin abgeschlossen ist. Darüber hinaus habe man bereits aus dem Servicebereich für Kulturbauten, Feuerwehr und ähnlichen Bereichen Personal abgezogen, um den Schulbau zu verstärken. Dabei ergeben sich jedoch zum Teil Probleme wegen der unterschiedlichen Ausbildungsstandards und Berufsbereiche. So könne beispielsweise ein Großprojekt nicht von einem Elektrotechniker geleitet werden. Verschärfend komme hinzu, dass im Baubereich allgemein ein Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt herrsche. Das ÖPP-Projekt Gymnasium Weiden stehe mit allen 3 Schulen des Loses 3 nach der Klärung pädagogischer Grundsatzfragen kurz vor der Realisierung. Ein aktueller Sachstand kann zum Protokoll der Sitzung nachgeliefert werden.

**Nachtrag:** Der europaweite Teilnahmewettbewerb wurde erfolgreich abgeschlossen. Die dort ausgewählten Bieter haben am 18. August 2016 ihre Angebote abgegeben. Die Angebote beinhalten den Bau (Sanierung und teilweiser Neubau), das Konzept für die Interimsphase während der Bauzeit und den Betrieb über 25 Jahre im Anschluss an die Bauphase.

Die Angebote für die drei Schulstandorte mit vier Schulen werden derzeit qualitativ ausgewertet. Nach der vorgegebenen Bewertungsmatrix werden danach die zwei (max. drei) Bieter mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis ausgewählt und zu weiteren Verhandlungen eingeladen. Nach dem aktuellen Zeitplan ist der Verfahrensabschluss im August geplant. Die Bieter hatten weitgehend deckungsgleich um eine Verlängerung der notwendigen Zeit zur Erstellung belastbarer Angebote für die geforderte Leistung gebeten. In Abwägung der Einhaltung des ursprünglichen Zeitplans gegen die Vergabesicherheit wurde in Abstimmung mit dem juristischen Beratern der Verlängerung der Angebotsfrist um acht Wochen zugestimmt. Die vorliegenden Angebote der Bieter sind in der Planung (auch TGA, Brandschutz etc.) bereits sehr ausgereift, da die Bieter nicht nur die Baukosten, sondern auch die Kosten für die Interimsphase und 25 Jahre Betrieb kalkulieren müssen. In der zweiten Runde werden die besten Bieter ihre Angebote nochmals überarbeiten. Danach wird der Sieger sofort in die Genehmigungsplanung einsteigen und die Baugenehmigung beantragen.

Für Weiden und Mülheim ist eine maximale Bauzeit von 48 Monaten vorgegeben, für Ossendorf 24 Monate. In Weiden ist ein großes Bauvolumen mit Sanierung, Abriss und Neubau zu bewältigen und in Mülheim ist das Grundstück sehr eng und die Interimsphase nicht einfach – daher die relativ lange vertraglich maximale Bauzeit. Der zukünftige Vertragspartner wird in Bauabschnitten vorgehen und ein Interesse daran haben, möglichst zügig einzelne Bauteile fertigstellen, da die Zahlung der Bauleistung in definierten Schritten nach Fertigstellung einzelner Bauabschnitte erfolgt.

Fazit: auch wenn jetzt noch nichts draußen zu sehen ist, ist schon viel erarbeitet, so dass es nach Vertragsabschluss recht schnell losgehen wird.

Frau Dr. Klein ergänzt zum Thema Zusestraße, dass eine zur Sitzung vorbereitete Stellungnahme auf den Ratsbeschluss (Prüfauftrag) vom 22.09.2016 (gerichtet auf die Errichtung einer Gesamtschule und eines Gymnasiums) zur Sitzung vorbereitet war, aber vom Baudezernenten erst während der Sitzung mitgezeichnet wurde. Die Mitteilung wird als Anlage zum Protokoll zur Kenntnis gegeben und wird auch dem Liegenschaftsausschuss vorgelegt (**Anlage 1**).

Auch Frau Dr. Klein ist für eine personelle Umschichtung zu Gunsten des Schulbaus über den bisherigen Umfang hinaus. Die Probleme seien keine Folge der Umstrukturierung bei der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, denn sie bestanden schon vorher. Erst durch die Umstrukturierung habe die Schulverwaltung eine Möglichkeit des Einflusses bekommen.

Das ÖPP-Verfahren Weiden sei wie das ÖPP-Los 3 völlig im Zeitplan. Es finden regelmäßige Projektsitzungen unter Einbindung von Schulleitung und Elternvertretung statt.

Unter Hinweis auf die Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung 2016 und den dort ausgewiesenen Bedarfen zur Schaffung neuer Schülerplätze, stellt Frau Dr. Klein nochmals fest, dass der Schulbau in Köln keinem Planungs- sondern einem Realisierungsproblem unterliegt. Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes und Herr Dr. Schlieben fordern die Verwaltung auf, die Fraktionen spätestens zur nächsten Ausschusssitzung darüber zu informieren, wie künftig der Schulbau mittelfristig umgesetzt werden soll. Kurzfristig müssten die Ratsfraktionen andere umsetzbare Wege für den Schulbau finden.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), weist ergänzend darauf hin, dass das Personalproblem bei der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln nicht nur beim Schulbau besteht, sondern dass für alle Baubereiche dort strukturelle Lösungen benötigt werden.

Die Mitteilung zu den Sachständen der Schulbaumaßnahmen wird zur Kenntnis genommen.

## **2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **3.1 Frühere Anfragen**

##### **3.1.1 Beantwortung der Anfrage: Herkunftssprachlicher Unterricht 3438/2016**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

##### **3.1.2 E-Sport, Games und Gamification in der Bildung und Weiterbildung 3367/2016**

Frau Gerlach, sachkundige Einwohnerin (Die Piraten), kann aus der Antwort nicht erkennen, ob die Stadtbibliothek entsprechende Angebote im Programm hat.

Frau Heuer sind entsprechende thematische Veranstaltungen zum Beispiel in Zweigstellen in Kalk bekannt. Man beschäftigt sich intensiv mit diesem Thema.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

#### **3.2 Neue Anfragen**

##### **3.2.1 Digitale Bildung braucht Bandbreite und WLAN AN/1737/2016**

Eine Antwort der Verwaltung lag zur Sitzung noch nicht vor.

## **4 Vorlagen der Verwaltung**

### **4.1 Wohnungsbauoffensive 2698/2016**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung gibt die Vorlage ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **5 Mitteilungen**

### **5.1 *zurückgezogen: Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung Köln 2016 - Maßnahmen zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Kölner Schullandschaft allgemein bildender Schulen bis 2025***

### **5.2 Jahresbericht des Amtes für Schulentwicklung für 2015 2133/2016**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

### **5.3 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" - Vorlage 0990/2016 hier: Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln 2763/2016**

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, fragt im Auftrag von Frau Nesseler-Komp nach Zahlen zur Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung und komplexem Hilfsbedarf.

Eine schriftliche Beantwortung wird von der Verwaltung zugesagt.

### **5.4 9. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation 2866/2016**

Herr Dr. Schlieben verbindet die Besprechung dieses Tagesordnungspunktes mit der Besprechung des 10. Berichtes zur aktuellen Flüchtlingssituation unter TOP 5.10. Er möchte besonders auf den 10. Bericht hinweisen, weil dort erstmals ein leichter Rückgang der Flüchtlingszahlen in der Stadt Köln angesprochen wird und eine Aufschlüsselung nach Stadtteilen gemessen an der Einwohnerzahl im Bezug zur Anzahl der Flüchtlinge erfolgt. Er wirbt dafür, diese Zahlen den Einwohnern bekannt zu machen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, möchte wissen, ob es realistisch ist, dass von 27 gesperrten Turnhallen bis Ende des Jahres nur noch 17 oder 18 benötigt werden.

Frau Heuer berichtet, dass die Task Force davon ausgehe unter der Bedingung, dass man die dort untergebrachten Flüchtlinge in anderen Unterkünften unterbringen kann, was manchmal bei allein reisenden Männern schwierig ist.

Herr Dr. Schlieben bittet darum, den Ausschuss auch weiterhin über die Entwicklung zu informieren.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, weist darauf hin, dass bei der Güterabwägung zwischen der Unterbringung von Flüchtlingen und Schulsport die Unterbringung von Geflüchteten vorrangig sei. Er lobt in diesem Zusammenhang die Leistung der Verwaltung, mit zusätzlichen Angeboten die Situation für den Schulsport so erträglich wie möglich zu machen.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, vermisst ein Konzept der Stadt Köln bei der schulformgerechten Zuweisung von Flüchtlingen in die Regelklassen.

Frau Heuer erklärt dazu, dass im Rahmen der letzten Kölner Direktorenkonferenz erneut von der Bezirksregierung darauf hingewiesen wurde, dass dies in die alleinige Kompetenz der Bezirksregierung falle. Früher, bei der RAA, erfolgten Gespräche mit Einschätzungen, welche Schulform im Einzelfall geeignet war. Das Kommunale Integrationszentrum orientiert sich dagegen vornehmlich an den vorhandenen Abschlüssen und der Herkunft der Flüchtlingskinder ohne eine Beteiligung des Schulträgers.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.5 Broschüre des Schulpsychologischen Dienstes zu den Angeboten für Schulen  
3194/2016**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.6 Generalinstandhaltung des Schulgebäudes Overbeckstraße 71-73 in 50823 Köln Ehrenfeld - Baubeschluss (2578/2016)  
3190/2016**

Die Mitteilung, dass die Maßnahme im Zeitplan durchgeführt werden kann, wird erfreut zur Kenntnis genommen.

**5.7 Stellungnahme zum Haushaltsbegleitbeschluss von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Deine Freunde AN/1211/2016 Ziffer 3: Realisierung von Zweifachturnhallen beim Neubau von Grundschulen  
3338/2016**

Frau Dr. Klein weist erneut darauf hin, dass keine beschlossene Maßnahme umgeplant wird.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.8 Bericht zur Schulbaumesse Köln im September 2016  
3346/2016**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.9 Situation im Bereich "Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache" nach  
der Anhebung der Honorare für Lehrende im Bereich der Integrations-  
kurse zum 01.07.2016  
3314/2016**

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, kann in der Mitteilung nichts Neues finden. Der Beschluss des BAMF zur Erhöhung der Honorare sichere Qualität, mache aber den Handlungsbedarf zur Erhöhung der Honorare an der Volkshochschule deutlich. Deshalb fordere seine Fraktion zusammen mit der SPD-Fraktion im Rat eine deutliche Erhöhung aller Honorare des Lehrpersonals in den Kursen „Deutsch als Fremdsprache“ auf 35 Euro. Durch die Zahlung des BAMF entstehe ein Überschuss in Höhe von 66.000 Euro, der dringend für die Volkshochschule verwendet werden müsse. Die Stadt Köln müsse jährlich 400.000 Euro vorleisten, wobei letztlich das Land zur Zahlung verpflichtet werden müsse.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, befürchtet, dass 55 qualifizierte Lehrkräfte abwandern könnten, wenn man nicht unverzüglich die Gehälter anhebt. Dass der Ratsantrag keine Mehrheit erhielt sei bedauerlich.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, und Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, weisen darauf hin, dass man im Rahmen eines beschlossenen Haushalts für die Bereitstellung zusätzlicher Ausgaben Deckungs- oder Einsparvorschläge vorlegen müsse, welche der Antrag der SPD-Fraktion nicht enthielt. Auch ihre Fraktionen überlegen Möglichkeiten, die Situation der Volkshochschule zum nächsten Haushalt zu verbessern. Eine unterschiedliche Bezahlung je nach Unterrichtsfach sei ungerecht, aber zunächst müssten Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden.

Herr Gutzeit und Frau Westphal fragen, ob die Volkshochschule selbst kurzfristige Lösungsmöglichkeiten anbieten kann.

Herr Schüller, Amt für Weiterbildung, erklärt, dass die im Bereich „Integrationskurse“ gezahlten 35 Euro je Unterrichtsstunde über entsprechende Mittel des BAMF refinanziert werden, während im Bereich „Deutsch als Fremdsprache/ Zweitsprache“ als Teil der kompensatorischen Grundbildung nach Weiterbildungsgesetz NRW (WbG), in dem die Lehrenden 23 Euro pro Unterrichtsstunde erhalten, über die von den Kurseteilnehmenden gezahlten Entgelte finanziert wird. Fachlich inhaltlich besteht zwischen beiden Bereichen kein Unterschied. Im laufenden Semester mussten bereits 4 Kurse abgesagt werden, weil keine Lehrkräfte gefunden werden konnten. Für das neue Semester 1/2017 bemühen sich immer mehr Dozentinnen und Dozenten um eine Zulassung als Lehrkraft für die Integrationskurse und wandern ab zu anderen Trägern, die bereit sind, 35 Euro zu zahlen. Bisher haben sich 1/3 der Dozierenden nicht auf ein Vertragsangebot der Volkshochschule zum Frühjahrssemester zurückgemeldet. Sollte ein Teil der Überschüsse aus den Integrationskursen für die Erhöhung der Lehrgehälter an der Volkshochschule verwendet werden können, so wird man dies tun, aber die hier in Rede stehenden 60.000 Euro können nur einen Teil der benötigten über 460.000 Euro decken.

Frau Dr. Klein hat die Schulministerin zur weiteren Finanzierung angeschrieben. Das Land Niedersachsen finanziert bereits entsprechende Angebote dort, damit ein gleiches Lohnniveau entsteht. Um weiteren Schaden abzuwenden appelliert sie an die

Politik, vorab die Deckung mit städtischen Haushaltsmitteln sicherzustellen, um dann von der Landesregierung eine Finanzierung von dort zu verlangen, vergleichbar mit der Vorfinanzierung der Schulsozialarbeit.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, sieht keinen Unterschied zwischen Deutschkursen und anderen Kursen wie zum Beispiel Englisch-Unterricht.

Herr Schüller erläutert dazu, dass die 70-80 Lehrkräfte im Bereich „Deutsch als Fremdsprache / Integrationskurse“ und im Bereich der Projekte und Maßnahmen ihren Lebensunterhalt zum größten Teil aus diesen Einnahmen bestreiten, während die Lehrkräfte im Bereich Fremdsprachen und in der beruflichen Bildung nicht nur für die Volkshochschule arbeiten und in einem erheblich geringeren Umfang tätig sind. Zu Beginn des Jahres wurden im Rahmen der neuen Honorarordnung die Honorare in letzterem Bereich um durchschnittlich 2 Euro erhöht durch eine Gebührenerhöhung.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, sieht einen inhaltlichen Unterschied zwischen beiden Bereichen, da die Deutschkurse im Rahmen der Zuwanderung und bei dem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Köln Priorität vor anderen Fremdsprachen haben zur Teilhabe an der Gesellschaft.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **5.10 10. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation 3455/2016**

Dieser TOP wurde unter TOP 5.4 mit besprochen (siehe dort).

#### **5.11 Gute Schule 2020 - Konkretisierung zur Vorlage Nr. 2838/2016 3351/2016**

Frau Dr. Klein erläutert, dass man mit dieser Mitteilung nochmals die Förderbedingungen darstellen wollte, die im November noch weiter differenziert werden sollen. Derzeit ist beispielsweise noch offen, ob ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn förderunschädlich ist, sodass bereits laufende Maßnahmen mit in die Finanzierung aufgenommen werden könnten. Endgeräte sind nach diesen Richtlinien nicht förderfähig. Deshalb erarbeitet das Amt für Schulentwicklung einen Plan zur Sanierung bei Investition in neue Medien. Wichtig ist eine enge Abstimmung mit der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, welche Maßnahmen innerhalb der laufenden Fristen umsetzbar und abzurechnen sind. Anfang 2017 will man dann einen entsprechenden Ratsbeschluss für die Einzelmaßnahmen unter Beteiligung aller zuständigen Ausschüsse einholen.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), bezweifelt, dass mit den vorhandenen Strukturen bei der Gebäudewirtschaft realistisch mit dem Abruf von Fördergeldern gerechnet werden kann. Deshalb plädiert er dafür, stattdessen die dringend notwendigen Sanierungen der Schulen durchzuführen.

Herr Dr. Schlieben entnimmt der Stellungnahme der Dezernentin, dass die Stadt bei ihrer Planung bereits den Schwerpunkt bei den notwendigen Sanierungen setzt.

Frau Heuer ergänzt, dass ihr aktuelle Meldungen des Landes vorliegen, dass ein Teil des Geldes in Breitband- und W-Lan-Ausstattung (keine Hardware) gehen soll.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bittet darum, dass die Vorschläge zu Maßnahmen aus der Schulverwaltung die angesetzten Beträge von 25 Millionen Euro

für das Jahr 2017 überschreiten sollten, damit eine Priorisierung möglich ist, was davon wesentlich ist und am ehesten benötigt wird.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, schlägt vor, auch eine Umsetzung entsprechender Maßnahmen z.B. mit ÖPP zu prüfen.

Frau Dr. Klein sagt zu, dass eine Auswahl aus verschiedenen Maßnahmen möglich sein wird, doch müssen sich dabei schulscharfe konkrete Maßnahmen in einem Umfang von mehr als 25 Millionen Euro für das Jahr 2017 ergeben, damit Maßnahmen nachgemeldet werden können, falls eine Maßnahme nur schwer umzusetzen ist. Oberstes Ziel bleibt es dabei, Geld für die Kölner Schulen innerhalb der Frist zu binden und abfließen zu lassen. Bevor eine entsprechende schulscharfe Liste vorgelegt wird, sollte ein Vorgespräch mit den schulpolitischen Sprechern der Fraktionen zum Verfahrensablauf erfolgen. Das Land möchte, dass durch das Förderprogramm schnell Wirkungen erzielt werden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **5.12 Sachstandsbericht zum JeKits-Programm in Köln und Bezuschussung der außerschulischen Kooperationspartner 3539/2016**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, interessiert sich dafür, ob die Anschlussfinanzierung für die JeKits-Projekte der Offenen Jazzhaus-Schule ab Mitte 2017 bis 2018 in der Höhe von 21.000 Euro für das halbe Jahr und für das Folgejahr 43.000 Euro sichergestellt ist, wie dies der Beschluss vorsah.

Frau Dr. Klein bittet in diesem Zusammenhang nochmals darum, dass man Zuschüsse für einen bestimmten Träger in einem politischen VN künftig ausdrücklich benennt.

Herr Anton, Rheinische Musikschule, antwortet, dass man mit der Mitteilung darstellen wollte, dass nicht nur die Offene Jazzhaus-Schule, sondern auch die Rheinische Musikschule und die „Musikschule für Musik und mehr“ betroffen sind. Ursprünglich hatten sich 6 externe Träger für JeKits-Mittel beworben, von denen die drei Genannten von der JeKits-Stiftung berücksichtigt wurden. Deshalb müssen auch die Mittel der Offenen Jazzhaus-Schule für 2018 separat veranschlagt werden. Über den politischen VN sind dafür Mittel bereits in 2016 enthalten, sodass die Musikschule „Musik und mehr“ mit gefördert werden konnte. So wurde kein Zuschussempfänger benachteiligt. Ab Sommer 2017 fließt aus dem Etat der Rheinischen Musikschule Geld an die Offene Jazzhaus-Schule und an die „Musikschule für Musik und mehr“, sodass in 2016 und 2017 alle Einrichtungen keine Finanzierungsprobleme haben.

Herr Thelen erinnert daran, dass er sofort an die Rheinische Musikschule und an Frau Heuer geschrieben habe und in seinem Schreiben bereits im Betreff die Offene Jazzhaus-Schule ausdrücklich genannt habe. Man habe ihm daraufhin geantwortet, dass die zugesetzten Mittel nur für die Offene Jazzhaus-Schule eingesetzt werden. Sollte die Finanzierung der Offenen Jazzhaus-Schule für 2016 und 2017 bereits gesichert sein und darüber hinaus noch Mittel zur Verfügung stehen, dass auch noch andere Träger gefördert werden können, so stimme seine Fraktion dem zu. Die Anschlussfinanzierung für die Träger in 2018 muss in einem sinnvollen Umfang gesichert werden.

Herr Anton legt Wert darauf, dass man sich auf folgende einheitlichen Kriterien für die Vergabe der Mittel einigt: Bemessungsgrundlage für den Zuschuss, den der jeweilige Träger erhält, sind die Mittel, die insgesamt erwirtschaftet werden. Zu diesen erfolgt dann der städtische Zuschuss.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

### **5.13 Erweiterungsbau für die Gesamtschule im Stadtbezirk Innenstadt am Teilstandort Frankstr. 26 hier: Erhöhung der Planungskosten 3582/2016**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

## **6 Verschiedenes / Anfragen**

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, fragt im Auftrag von **Frau Nessler-Komp** nach dem **Sachstand zum Sportunterricht in den Turnhallen**, die als Flüchtlingsunterkünfte genutzt werden. Außerdem möchte sie wissen, ob zugereiste Kinder und Jugendliche künftig direkt regulären Klassen zugewiesen werden.

Frau Heuer antwortet, dass aktuell ca. 7 Turnhallen frei werden und schon im November wieder für den Sportunterricht zur Verfügung stehen. Dadurch kann der Sportunterricht wieder in einem großen Umfang (nicht vollständig!) angeboten werden. Zum Übergang in die Regelklassen sehe ein Erlass der Bezirksregierung künftig Sprachfördergruppen vor, welche die Vorbereitungsklassen nicht ersetzen sollen, sondern einer schnellen Integration der Kinder in den Regelunterricht dienen sollen.

**Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**, möchte wissen, wo die **Gesamtschule Lindenthal** untergebracht wird.

Frau Dr. Klein verweist auf die Mitteilung zu TOP 1.3. Die Verhandlungen dauern noch an.

**Frau Gerlach, sachkundige Einwohnerin (Die Piraten)**, hat von einer Lehrerin einer internationalen Förderklasse erfahren, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kaum Material haben und möchte wissen, ob den Schulen Mittel für die **Beschaffung einer Ausstattung** zur Verfügung stehen.

Frau Heuer antwortet, dass auf Antrag über BuT-Mittel ein Startergeld zur Verfügung gestellt wird, welches über die betreuenden Institutionen in den Flüchtlingsunterkünften oder durch die Schulsozialarbeit vermittelt wird. Daneben gibt es Mittel über Zuweisungen aus den Schulgirokonten. Aktuell gibt es keine entsprechenden Spenden für diesen Zweck.

**Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion**, fragt nach dem Sachstand zur Entsorgung von **ungenutzten Containern am Schulzentrum Ostheim**. Dort stehen seit Jahren ungenutzte Container neben der Mensa, die früher als Provisorium genutzt wurden. Diese Fläche wäre gut als Fußballplatz brauchbar.

Frau Heuer ist von diesen Containern nichts bekannt. Aktuell sind zusätzliche Container zur räumlichen Entlastung für das Schulgebäude bestellt.

**Herr Wirth, sachkundiger Einwohner (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)**, fragt nach den **Anmeldezahlen über SchildWeb**:

Viele Entscheidungen, die wir im Schulausschuss treffen, sollen sich am Elternwillen



orientieren. Dieser ist ein wichtiges Barometer für die Schullandschaft in Köln. Der Elternwille ist besonders stark an den Anmeldezahlen zu erkennen, also an der Anzahl der Eltern, die tatsächlich an einer bestimmten Schule vorstellig geworden sind, um ihr Kind an der Wunschschule anzumelden. Die Schulen sammeln diese Anmeldungen und senden sie an einem bestimmten Tag (Stichtag war z.B. der 11.03.2016 für die Realschulen) mit Hilfe von „Schild“ an die Verwaltung. Diese Zahlen können Aufschluss darüber geben, welche Schulart und welche speziellen Schulen besonders beliebt sind. Dies kann wiederum Einfluss auf unsere Entscheidungen, Schulen zu schließen und Schulen umzuwandeln haben. Leider liegen uns diese Zahlen bisher nicht vor.

1. Wie viele Anmeldungen durch die Eltern an den Schulen gab es dieses Jahr zum Stichtag (11.03.06 – über „SchildWeb“ an die Verwaltung geschickt) aufgeschlüsselt nach Schularten und Stadtgebieten?
2. Wie viele Schülerinnen und Schüler wurden letztendlich wirklich aufgenommen?
3. Wie viele von diesen Schülerinnen und Schülern haben einen Förderbedarf?

Frau Heuer antwortet, dass der Schulträger darüber keine Zahlen hat, weil die Angaben über den Förderbedarf geschützt sind und nur bei der Schulaufsicht vorliegen. Rückmeldungen über die aufgenommenen Schülerinnen und Schüler sind möglich, können aber aus Kapazitätsgründen von der Schülerdatenverarbeitung allenfalls für das kommende Schuljahr und nicht für die Vergangenheit vorgelegt werden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, nimmt Bezug auf die Mitteilung unter TOP 5.2, in welcher davon die Rede ist, dass die Trennung zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten bei Schulträger und Bezirksregierung „nicht mehr so strikt“ sei. Anscheinend sei dies dann ein Beispiel mangelnder Zusammenarbeit.

Frau Baum, Schulamtsrätin beim Schulamt für die Stadt Köln, weist darauf hin, dass der alte Begriff „innere und äußere Schulangelegenheiten“ vielfach Bestand hat. Im Rahmen der regionalen Bildungsnetzwerke sei eine Zusammenarbeit an gemeinsamen Aufgaben und Anliegen (Bildungsgänge, Kein Abschluss ohne Anschluss, keine Brüche in den einzelnen Schulformen, gemeinsame Belange von Eltern, Kindern und Schulen etc.) möglich. Bei Fragen des Personals und von Schülerdaten handelt es sich dagegen um reine innere Angelegenheiten. Diese Daten bekomme der Schulträger nicht.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, fragt nach, was man tun kann, damit der Schulträger diese Informationen erhält und liefern kann.

Frau Baum wiederholt, dass die Schulverwaltung diese Daten nicht hat.

**Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)**, erinnert sich, dass die Gesamtschule Nippes vor einem Jahr beschlossen hat, sich den **Namen „Carl-von-Ossietzky-Schule“** zu geben und möchte wissen, wann über den formal eingereichten Antrag entschieden wird.

Frau Baum antwortet, dass die Bezirksvertretung für die Namensvergabe zuständig ist.

Frau Dr. Klein meint, dass der Name bereits verwendet wird.

Köln, den 15.11.2016

Dr. Schlieben

Bernecker

Vorsitzender

Schriftführer

Anlage 1: Neue Gesamtschule für den Stadtbezirk Lindenthal am Standort Aachener Straße / Herbsthaler Straße (Vorlage 3393/2016, zu TOP 1.3)